

AZB
P.P. / Journal
CH-4127 Birsfelden

Mutationen bitte melden an:
GSoA, Pf. 330, 4127 Birsfelden

GSOA

GSoA-Zitig April 2006 Nr. 125
Extra-Zitig zur Vollversammlung

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



FÜR EIN VERBOT VON
KRIEGSMATERIALEXPORT

VOLKSINITIATIVE

Alle an die Vollversammlung!

Die GSoA steht vor der wichtigsten Herausforderung seit den Protesten gegen den Irakkrieg im Frühling 2003: Wollen wir eine Initiative ergreifen für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten? Von Jo Lang, Andreas Cassee und Andreas Weibel

Am 22. März 2003 demonstrierten alleine in Bern mehr als 50'000 Menschen gegen den Krieg im Irak. Es war die grösste Demonstration in der Schweizer Geschichte. Gleichzeitig brachten auf der ganzen Welt Millionen ihren Widerstand gegen den Krieg zum Ausdruck. Die Menschen in den Gassen der Berner Altstadt waren Teil einer der grössten global agierenden sozialen Bewegungen, welche es je gegeben hat.

Drei Jahre später ist die erste Welle der Empörung abgeflaut. Viele Menschen fühlen sich ohnmächtig. Es fehlt ein Ansatz, um konkret etwas bewirken zu können, so weit weg von den Schauplätzen in Washington und Bagdad. Doch der Krieg im Irak hat das Denken der Menschen verändert: Sie sind kritischer geworden gegenüber einem Militarismus, der allein der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen dient. Eine grosse Mehrheit der SchweizerInnen lehnt deshalb jede Beteiligung unseres Landes am sogenannten «Krieg gegen den Terror» ab.

Ein Zeichen für die Zivilisierung der Politik

Diese Haltung wird von der offiziellen Schweizer Politik zwar vordergründig geteilt, doch schaut man genauer hin, sieht die Rea-

lität anders aus: Die Handgranaten der britischen Truppen stammen ebenso aus der Schweiz wie Teile der Kampffjets, die den Irak bombardieren, oder die Mörsergranaten der US-Marines. Die ganze Absurdität des Geschäfts mit dem Krieg wird aber erst so richtig deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass sich auch Saddam Hussein mit Schweizer Waffen eindeckte – beispielsweise mit Schützenpanzern der Kreuzlinger Mowag-Werke, die von autoritären Regimes in aller Welt zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt werden. Und selbst die Aufständischen im Irak sollen sich laut der amerikanischen Militärschrift «Army Times» mittlerweile mit High-Tech-Panzerfäusten der bundeseigenen RUAG ausrüsten. Letzten Sommer plante der Bundesrat, der Besatzungsregierung in Bagdad Hunderte von Schützenpanzern zur Verfügung zu stellen. Nur wegen des breiten Widerstand der Öffentlichkeit – nicht zuletzt auch der GSoA – ist der Deal schlussendlich geplatzt. Im vergangenen Jahr war die dänische Armee der zweitgrösste Kunde der Schweizer Rüstungsindustrie. Das ist nicht verwunderlich, denn als Teil der «Koalition der Willigen» stellt Dänemark ein bedeutendes Truppenkontingent für den Krieg im Irak. Aber nicht nur im Irak, sondern weltweit stehen Schweizer Waffen im Einsatz – oft sogar auf beiden Seiten des Konflikts.

Und hier ist der Punkt, wo wir konkret etwas erreichen können: Durch ein vollständiges Verbot von Waffenexporten können wir Sand ins Getriebe der weltweiten Aufrüstungsmaschinerie streuen. Die Schweiz könnte zum

ersten Land werden, das sich weigert, am Geschäft mit dem Tod mitzuwirken – das wäre ein starkes Zeichen für die Abrüstung und eine Zivilisierung der internationalen Politik. Auch bei der Ächtung von Personenmienen brauchte es erst ein einzelnes Land – es war Kanada –, das von sich aus Massnahmen ergriff, bevor die Staatengemeinschaft dem Beispiel folgte.

Vollversammlung am 30. April!

Lassen wir uns nichts vormachen: Waffen werden zum Töten hergestellt, und es wäre naiv zu glauben, sie würden nicht genau dafür eingesetzt. Es gibt keine unproblematischen Waffenexporte. Alle grossen Abnehmer von Schweizer Kriegsmaterial stehen derzeit im Krieg. Sei es in Afghanistan, im Irak oder anderswo. Die Diskussionen in der GSoA laufen nun schon seit Monaten, aber jetzt gilt es ernst: Wollen wir eine Volksinitiative lancieren, um das Geschäft mit dem Krieg in der Schweiz ein für allemal zu stoppen? Die Entscheidung liegt bei Euch. An der Vollversammlung der GSoA am 30. April in Bern werden wir über diese Frage befinden. In dieser Extra-Ausgabe der GSoA-Zitig findet Ihr einen Vorschlag für den Initiativtext. Weitere Informationen zur Vollversammlung findet Ihr ebenfalls auf den nächsten Seiten. Wir freuen uns auf intensive und fruchtbare Diskussionen!

**Vollversammlung: 30. April, Bern,
Restaurant Sous-le-Pont, siehe Seite 2**

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Chronologie der Skandale

Kein anderer Wirtschaftszweig ist dermassen von Skandalen geprägt wie die Rüstungsindustrie. Der Versuch einer zwangsläufig unvollständigen Übersicht. Von Reto Moosmann.

1939 – 1945: Zweiter Weltkrieg

Während des Zweiten Weltkrieges exportieren Schweizer Rüstungsunternehmen Kriegsmaterialien im Wert von knapp 800 Mio. Franken (laufende Preise). Etwa 90% der Ausfuhren gehen an Nazi-Deutschland. Während des Krieges machen Waffen bis zu 14% aller aus der Schweiz ausgeführten Güter aus.

1955 – heute: Israel und die arabischen Staaten

Am 8. November 1955 erlässt der Bundesrat ein Waffenausfuhrverbot gegen Israel und die arabischen Staaten, welches eigentlich auch heute noch gültig wäre. Der Bundesrat hält sich jedoch nie daran. Zwischen 1955 und 1964 erteilte er mehrmals die Bewilligung für Ausfuhren nach Israel, in den Libanon sowie nach Ägypten. Auch diesen Frühling erlaubte der Bundesrat wieder Waffenlieferungen an Ägypten und Saudi-Arabien.

1964: Türkei-Griechenland

Der Bundesrat verbietet die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Griechenland und in die Türkei. Dennoch bewilligen die Beamten aus dem Aussen- und Militärdepartement die Ausfuhr von Panzerabwehrraketen der Firma Oerlikon-Bührle nach Deutschland, welche – was den Schweizer Behörden bekannt war – nach Griechenland und in die Türkei gelangen.

1964 – 1968: Affäre Bührle

Die Firma Oerlikon-Bührle führt illegal Kriegsmaterialien im Wert von knapp 90 Mio. Franken nach Südafrika, Israel und in weitere Staaten aus. Am 27. November 1970 verurteilt

das Bundesstrafgericht insgesamt sechs leitende Mitarbeiter der Oerlikon-Bührle, darunter auch ihr Inhaber Dietrich Bührle «wegen schuldhafter Nichtverhinderung illegaler Waffenausfuhren nach Südafrika».

1994: Pilatus in Chiapas

Am Neujahrstag bombardiert die mexikanische Luftwaffe mit PC7-Flugzeugen der Stanser Pilatuswerke mehrere Dörfer der aufständischen Provinz Chiapas. Verschiedene Quellen berichten von mehreren hundert Toten unter der Zivilbevölkerung. Die offizielle Schweiz zeigt sich erstaunt und besorgt, waren die PC7 doch als Trainings- und nicht als Kampfflugzeuge deklariert worden und unterlagen deshalb nicht dem Waffenausfuhrgesetz. Die mexikanische Luftwaffe selber hingegen hatte die PC7 schon immer als ihre Hauptwaffe bezeichnet, besonders geeignet zur Aufstandsbekämpfung.

2003 – 2004: Botswana

Die Schweiz exportiert gepanzerte Fahrzeuge (Mowag Piranha) für knapp 100 Mio. Franken nach Botswana. In Botswana liegt die Lebenserwartung bei 34 Jahren, und mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist mit HIV infiziert. Es ist klar, dass das Geld, welches für Waffen ausgegeben wird, dort fehlt, wo es am nötigsten wäre: Bei der Gesundheitsversorgung und den Sozialwerken.

2005: Vereinigte Arabische Emirate

Im September wird bekannt, dass alte Schweizer Panzerhaubitzen in Marokko aufgetaucht sind, welche die Schweiz ursprünglich in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) geliefert hatte. Obwohl die VAE damit gegen vertragliche Bestimmungen verstossen hat, mag Bundesrat Joseph Deiss nicht ausschliessen, dass die VAE weiterhin mit Kriegsmaterial aus der Schweiz beliefert werden.

Vollversammlung der GSoA am 30. April in Bern

Die diesjährige Vollversammlung der GSoA steht ganz im Zeichen der geplanten Waffenausfuhrverbotsinitiative.

Das Programm der Vollversammlung sieht wie folgt aus:

10:15 Begrüssung

10:30 statutarische Geschäfte

11:15 Initiative für ein Waffenausfuhrverbot

- Einführung in die Thematik

- Vorstellen des Initiativtextes

13:00 Mittagessen

14:00 Initiative für ein Waffenausfuhrverbot (Fortsetzung)

- Diskussion

- Entscheid über die Lancierung

15:30 Schluss

Das Mittagessen wird vom Restaurant Sous-le-Pont der Berner Reitschule zubereitet (natürlich auch vegetarisch).

Wegbeschreibung:

Vom Bahnhof Bern: Ausgang Bahnhofplatz benützen, dann links halten und der Strasse Bollwerk zur Schützenmatte folgen (5 Minuten vom Bahnhofplatz). Auf der Schützenmatte links halten, Eisenbahnbrücke unterqueren. Vor der Reitschule wird der Weg zur VV im Restaurant Sous-le-Pont (Neubrückstrasse 8) ausgeschildert sein.

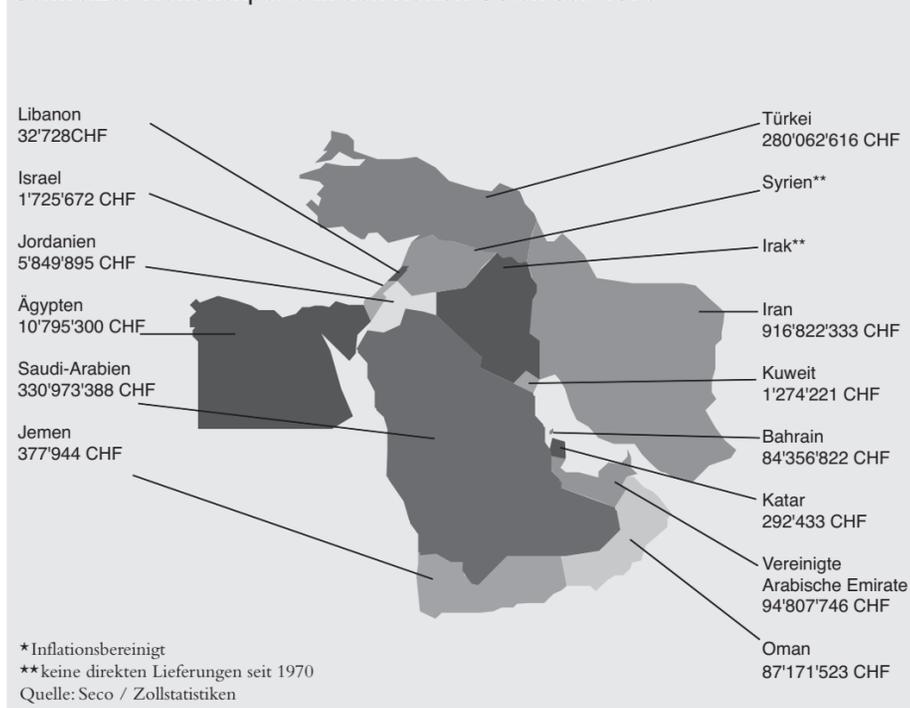
Verkauf von Kriegsmaterial im Jahr 2005: Schweizer Waffen für den «War on Terror»

(aw) Die kürzlich veröffentlichte Kriegsmaterial-Statistik des Staatssekretariats für Wirtschaft bringt eine Banalität wieder einmal zu Bewusstsein: Waffen werden gekauft, um damit Krieg zu führen. Die zehn grössten Abnehmerländer von Schweizer Rüstungsgütern sind allesamt in den «Krieg gegen den Terror» verwickelt, die meisten sogar an mehreren Schauplätzen.

Rang / Land	Exportvolumen	Kriegsgebiet
1 Deutschland	58 Mio. Franken	Afghanistan, Usbekistan,...
2 Dänemark	31 Mio. Franken	Irak, Afghanistan, Georgien
3 USA	28 Mio. Franken	Irak, Afghanistan,...
4 Schweden	17 Mio. Franken	Afghanistan, Irak*
5 Spanien	16 Mio. Franken	Afghanistan, Irak (bis 2004)
6 Frankreich	15 Mio. Franken	Afghanistan, Kirgisistan, Irak*
7 Grossbritannien	13 Mio. Franken	Irak, Afghanistan
8 Niederlande	12 Mio. Franken	Irak, Afghanistan
9 Italien	11 Mio. Franken	Irak, Afghanistan
10 Malaysia	9 Mio. Franken	In Malaysia selbst

* finanzielle Beteiligung

Schweizer Waffenexporte in den Nahen Osten seit 1970*



Die Schweiz hat seit 1970 in 13 verschiedenen Länder des Nahen Ostens Waffen geliefert. Durch diese Kriegsmaterialexporte werden Konflikte in der Region geschürt. Gesamthaft wurden für 1.8 Milliarden Franken Rüstungsgüter in diese Krisenregion verschoben.

INITIATIVTEXT

Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten

Der folgende Vorschlag für den Initiativtext wurde von der GSoA-Koordination erarbeitet und an der Bündnissitzung vom 4. April 2006 bereinigt und verabschiedet.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 107

2 Der Bund erlässt Vorschriften über die Herstellung, die Beschaffung, den Vertrieb im Inland sowie über die Einfuhr von Kriegsmaterial.¹

Art. 107a (neu)

1 Der Bund unterstützt und fördert internationale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

2 Die Ausfuhr und Durchfuhr folgender Güter ist verboten:

- Kriegsmaterial;
- Besondere militärische Güter², ausgenommen Geräte zur humanitären Entminung;
- Immaterialgüter einschliesslich Technologien³, die für die Entwicklung, die Herstellung oder den Gebrauch von Gütern nach a. und b. von wesentlicher Bedeutung sind, sofern sie weder allgemein zugänglich sind noch der wissenschaftlichen Grundlagenforschung dienen.

3 Das Ausfuhr- und Durchfuhrverbot umfasst Kleinwaffen und zugehörige Munition, aus-

genommen Sport- und Jagdwaffen⁴, die eindeutig als solche erkennbar und in gleicher Ausführung nicht auch Kampfaffen sind, sowie zugehörige Munition.

4 Vom Ausfuhrverbot ausgenommen ist die Ausfuhr von Gütern nach Absatz 2, Buchstaben a. bis c. durch Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, sofern diese Eigentümer der Güter bleiben, die Güter durch eigene Dienstleistende benutzt werden und anschliessend wieder eingeführt werden.⁵

5 Die Vermittlung von und der Handel mit Gütern nach Absatz 2, Buchstaben a. bis c. ist verboten, sofern der Empfänger seinen Sitz oder Wohnsitz im Ausland hat.

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

1 Der Bund unterstützt während zehn Jahren nach der Annahme der Volksinitiative durch Volk und Stände Regionen und Beschäftigte, die von den Verboten gemäss Art. 107a besonders betroffen sind.⁶

2 Nach Annahme von Artikel 107 und 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Bewilligungen für Tätigkeiten nach Artikel 107a erteilt werden.⁷

(Stand April 2006)

Erläuterungen zum Initiativtext

¹ (ac) Dieser Absatz aus dem alten Verfassungsartikel stellt sicher, dass der Bund seine Regelungskompetenzen im Bereich des Imports, der Herstellung und des Handels mit Kriegsmaterial im Inland behält.

² **Kriegsmaterial und besondere militärische Güter**

Der Begriff des Kriegsmaterials ist in der Schweizer Gesetzgebung relativ eng gefasst. Die sogenannte «Munitions List», die im Rahmen des internationalen Rüstungskontrollabkommens von Wassenaar geführt wird, geht viel weiter: Sie umfasst sämtliche Güter, die für militärische Zwecke konzipiert oder abgeändert sind und in der gleichen Ausführung nicht auch zivil genutzt werden können. Um das Abkommen von Wassenaar in der Schweiz umsetzen zu können, wurde im Güterkontrollgesetz der Begriff der «besonderen militärischen Güter» eingeführt. Als besonderes militärisches Gut gilt alles, was in der «Munitions List» enthalten ist, in der Schweiz aber nicht unter das Kriegsmaterialgesetz fällt. Dazu gehören zum Beispiel Maschinen, die ausschliesslich der Herstellung von Kriegsmaterial dienen, militärische Simulatoren, oder auch militärische Trainingsflugzeuge, wie sie die Pilatus-Werke herstellen. Verbieten wir die Ausfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern, so sind insgesamt genau diejenigen Güter abgedeckt, die ausschliesslich militärischen Zwecken dienen.

³ Damit verhindern wir, dass Schweizer Rüstungsfirmen das Ausfuhrverbot umgehen, indem sie Baupläne für Kriegsmaterial ins Ausland verkaufen oder in Lizenz produzieren lassen.

⁴ Wir wollen einen Abstimmungskampf gegen die Rüstungsindustrie führen, nicht gegen Jäger und Sportler. Dafür sind Kleinwaffen, die weder der Jagd noch dem Sport dienen, ausdrücklich ins Ausfuhrverbot eingeschlossen. Denn Kleinwaffen sind eigent-

liche Massenvernichtungswaffen – in vielen Konflikten sterben die meisten Menschen durch kleinkalibrige Schusswaffen.

⁵ Unsere Initiative soll kein Versuch werden, Auslandseinsätze der Schweizer Armee zu verhindern. Die GSoA äussert sicherlich weiterhin Kritik an bestimmten Auslandseinsätzen, doch die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten ist nicht der richtige Ort, diese Kritik vorzubringen. Deshalb diese Ausnahmeregelung.

⁶ Während die Rüstungsindustrie auf die ganze Schweiz betrachtet nur wenige Arbeitsplätze bereitstellt, wären einzelne Regionen von einem Ausfuhrverbot überproportional stark betroffen. Mit diesem Absatz zeigen wir, dass wir die Angst um Arbeitsplätze ernst nehmen. Die Konversion (Umstellung auf zivile Produktion) muss vorangetrieben werden; der Bund ist gefordert, die betroffenen Regionen und Beschäftigten zu unterstützen.

⁷ Mit dieser Übergangsbestimmung verhindern wir, dass nach Annahme der Initiative bis zur Anpassung der Gesetze und Verordnungen noch Ausfuhrbewilligungen erteilt werden.

Was nicht im Initiativtext steht

Sowohl in der GSoA-Koordination als auch im Gesamtbündnis hat sich der Konsens herausgebildet, dass wir auf die Berücksichtigung von Finanzierungsgeschäften und sogenannten Dual Use Gütern (Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können) verzichten wollen. In beiden Fällen stand keine rechtlich wasserdichte Formulierung in Aussicht, und wir wollen nicht das Risiko eingehen, dass wilde Interpretationen einer vagen Formulierung im Abstimmungskampf gegen die Initiative verwendet werden könnten. Das ist auch eine Lehre aus der letzten Waffenexport-Initiative.

1997 wurde die letzte Volksinitiative für ein Verbot von Waffenexporten klar abgelehnt. Weshalb nun eine Neuauflage?

(ac) Erstens hat sich die weltpolitische Lage verändert. Im Zusammenhang mit dem «Krieg gegen den Terror» im Irak, in Afghanistan und anderswo sind sich viele Menschen bewusst geworden, dass Krieg ein dreckiges Geschäft ist, in dem Waffenexporte eine wichtige Rolle spielen.

Zweitens ist das Scheitern der letzten Initiative unter anderem darauf zurückzuführen, dass die GegnerInnen eine interpretationsbedürftige Formulierung in Bezug auf sogenannte «Dual Use Güter» ausnutzen konnten: Sie nahmen Schräubchen mit auf die Podien und argumentierten, diese dürften nicht mehr exportiert werden, wenn die Initiative angenommen würde. Beim neuen Initiativtext stützen wir uns auf klare Definitionen aus dem geltenden Recht. «Dual Use Güter» bleiben im vorliegenden Entwurf ausgeklammert.

Und drittens: Würden politische Projekte immer gleich aufgegeben, wenn sie an der Urne einmal gescheitert sind, so hätten wir heute weder das Frauenstimmrecht, noch wäre die Schweiz in der Uno. Manchmal sind nun mal mehrere Anläufe nötig – das gilt übrigens auch für die Abschaffung der Armee!

Impressum

Redaktion:
Daniel Bachofen (dba), David Buchmann (db),
Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc),
Samuel Durrer (sd), Barbara Heer (bah),
Luzia Jäger (lj), Josef Lang (jl), Nico Lutz (nl),
Stefan Luzi (sl), Reto Moosmann (rm),
Christian Mueller (mue), Martin Parpan (mp),
Julian Reich (jr), Christine Scheidegger (cs),
Tobia Schnebli (ts), Renate Schoch (rs),
Andreas Weibel (aw, verantwortlich)

Gestaltung: Christina Meili, Zürich

Druck: ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)

Verdienende Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 50.–

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– / 10.–

PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich

Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12

E-Mail: gsoa@gsoa.ch, Internet: www.gsoa.ch

Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.

GSoA-AKTIVISTINNEN

Stimmen zur Initiative

Schon nach der Abstimmung über die letzte Waffenexportinitiative entpuppten sich die Versprechungen des Bundesrates für eine strengere Handhabung der gesetzlichen Regelungen als heisse Luft. Warum dies heute mit einem Bundesrat, der weiss, wie man mit Krieg ein Geschäft macht (Ems-Chemie Tochter Patvag), anders sein soll, muss man mir erst erklären...

Stefan Luzi, GSoA Zürich

Seit dem 11. September 2001 wird weltweit wieder aufgerüstet – die Rüstungsbranche jubiliert. Auch Schweizer Firmen beteiligen sich am Geschäft mit dem Tod. Das muss ein Ende haben! Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Waffenexporte grundsätzlich verboten werden. Wenn die Schweiz keine Waffen mehr exportieren würde, hätte dies auch international eine Signalwirkung. Deshalb: Sammeln wir die Initiative für ein Waffenexportverbot!

David Buchmann, GSoA Bern

Botswana war im Jahr 2004 der zweitgrösste Abnehmer der Schweizer Waffenindustrie. Die Lebenserwartung in diesem Land liegt bei knapp über 30 Jahren. Es ist doch offensichtlich, dass die Schweiz auf andere Art – nämlich mit medizinischer Hilfe und sinnvoller Entwicklungszusammenarbeit – Besseres bewirken könnte. Mit der Lieferung von Waffen untergräbt die Schweiz jegliche Bemühungen, die Situation der Menschen vor Ort zu verbessern. Diese Exporte müssen ein für alle mal verboten werden!

Barbara Heer, GSoA Basel

Man stelle sich sieben gescheite Köpfe vor, die darüber sinnen, wie altes Kriegsmaterial möglichst kostengünstig entsorgt werden kann. Nun hatten die sieben Köpfe – der Bundesrat – einen Einfall, wie das Entsorgungsproblem

gelöst werden kann. Kriegsmaterial soll dorthin zurückgeführt werden, wo man es bezogen hat. Mit dieser Entscheidung riskiert der Bundesrat bewusst, dass Schweizer Panzer in Kriegsgebieten eingesetzt wird. Ein Ausfuhrverbot muss deshalb auch für altes Kriegsmaterial gelten.

Louise Schneider, GSoA Bern

Unsere Initiative ermöglicht eine glaubwürdige Schweizer Friedenspolitik. Denn ein Land, das sich seiner Neutralität rühmt, gleichzeitig aber im Geschäft mit dem Tod mitmischelt, handelt schizophoren. Man kann doch nicht Frieden predigen und Krieg verkaufen!

Julian Reich, GSoA Basel

Warum haben die USA und ihre Vasallen ein Interesse, ihren so genannten «Krieg gegen den Terror» auch mit Schweizer Waffen zu führen? Ein Grund liegt sicher am praktischen Wert, den Waffen in Kriegen nun mal haben. Der andere, symbolische Grund dürfte noch wichtiger sein: Mit einer Schweizer Beteiligung wollen sie die Legitimitätsressource Neutralität anzapfen. Nur ein allgemeines Waffenexportverbot hindert unsere Behörden daran, an einem Krieg, in dem es in Wahrheit um die Sicherung von Rohstoffquellen geht, mitzumachen.

Jo Lang, GSoA Zug

Die Schweiz will einen Sitz im neu geschaffenen UN-Menschenrechtsrat. In ihrem anfangs April eingereichten Bewerbungsschreiben versprechen die Schweizer Diplomaten, sich für ein starkes und effizientes Gremium einzusetzen. Einen Ausbau des zivilen Engagements der Schweiz fordert die GSoA seit langem. Die Arbeit von NGOs und Diplomaten soll nicht durch Waffen aus der Schweiz torpediert werden. Um dies zu erreichen, brauchen wir das Waffenexportverbot.

Andreas Kyriacou, GSoA Zürich

Schweizer Rüstungsfirmen profitieren von gewalttätigen Auseinandersetzungen. Saudi-Arabien, Bahrain, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Libanon, Oman und Kuwait erhielten letztes Jahr Rüstungsmaterial aus der Schweiz. Mit Israel pflegt die Rüstungsindustrie eine enge Kooperation bei der Entwicklung von Drohnen. Die Waffenlieferungen in den Nahen Osten widersprechen friedenspolitischen Bestrebungen fundamental und heizen den Konflikt zusätzlich an. Deshalb: Waffenexporte verbieten!

Reto Moosmann, GSoA Bern

Par le biais de ventes à des pays engagés dans la «guerre contre la terreur», la Suisse participe à une guerre que le peuple suisse refuse. Quelle est notre responsabilité, quand on sait que les principaux acheteurs d'armes suisses sont présents militairement en Afghanistan et en Irak? Notre neutralité justifie-t-elle de faire du commerce avec tout un chacun? Les intérêts financiers sont-ils toujours les plus forts?

Camille Maulini, GSoA Genève / GSoA Zürich

Jedes Jahr werden Waffen und Rüstungslizenzen aus der Schweiz exportiert. Damit werden Menschenleben im Ausland gefährdet; gleichzeitig arbeiten hier in der Schweiz immer weniger Menschen in dieser Todesindustrie. Wirklich grosses Geld machen nur noch die Bosse der Rüstungskonzerne, so verdient alleine der Chef der bundeseigenen Rüstungsfirma RUAG über 600'000 Franken pro Jahr. Es ist wirklich Zeit, alle diese grässlichen Exporte endgültig zu verbieten. Dafür brauchen wir eine Volksinitiative!

Tom Cassee, GSoA Zürich

Wie viele SchweizerInnen ging ich gegen den Krieg im Irak auf die Strasse – also setze ich mich konsequenterweise auch dafür ein, dass sich die Schweiz nicht mit Kriegsmaterialexporten am «War on Terror» und all seinen tödlichen Folgen mitschuldig macht. Um das sicherzustellen, brauchen wir ein umfassendes Ausfuhrverbot!

Rahel Ruch, GSoA Bern

L'exportation de matériel de guerre est incompatible avec une politique de paix, et il est répréhensible de tirer profit du négoce des armes. Afin que la Suisse soit un tant soit peu crédible dans sa politique étrangère, que l'on souhaite solidaire, respectueuse des droits humains et favorable aux pays les plus miséreux, il faut absolument bannir ce commerce particulièrement odieux.

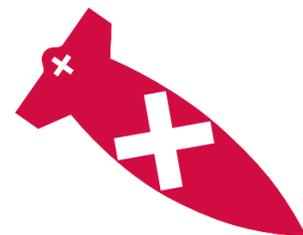
Eric Peytremann, GSoA Genève

Neue AktivistInnen haben die Verantwortung in der GSoA übernommen – das ist gut so. Doch keine Frage: Die geplante Initiative gegen Kriegsmaterialexporte finde ich wichtig und richtig. Die Schweiz soll mehr für zivile Lösungen und eine friedlichere Welt tun. Mit Kriegsmaterialexporten tut sie das Gegenteil. Deshalb sind diese grundsätzlich zu verbieten. Und mit einer aktiven Rüstungskonversionspolitik muss sich die Schweiz endlich stärker für einen zivilen Ersatz der militärischen Arbeitsplätze einsetzen.

Nico Lutz, ehemaliger Sekretär GSoA Schweiz

Aus meiner Sicht sind Kleinwaffen die wahren Massenvernichtungswaffen. In Kriegen werden die meisten Menschen noch immer von Pistolen und Gewehren getötet, welche in Konfliktgebieten viel zu leicht zu beschaffen sind. Es ist dringend nötig, den Handel mit diesen Waffen international zu kontrollieren. Die RUAG als grösste Herstellerin von Kleinwaffenmunition in Europa ist keine gute Visitenkarte für die Schweiz. Ein Waffenexportverbot wäre deshalb ein wichtiges Zeichen.

Luzia Jäger, GSoA Basel



Rückmeldetalon

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ, Wohnort

Tel./E-Mail

Die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten liegt mir am Herzen – haltet mich auf dem Laufenden!

Ich möchte mich für das Fitamin vom 20. und 21. Mai anmelden (siehe Kasten).

Ich möchte in einer GSoA-Regionalgruppe (Basel, Bern, Genf, Zürich) mitwirken.

Ich wohne nicht im Einzugsgebiet einer bestehenden Regionalgruppe, könnte mir aber vorstellen, bei der Gründung einer neuen ReGrü mitzuwirken.

Ich bin noch nicht Mitglied und möchte der GSoA beitreten.

Bemerkungen

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**
gsoa@gsoa.ch

Fit zum Unterschriften sammeln

Am Wochenende vom 20./21. Mai treffen sich GSoA-Aktivistinnen und Aktivisten zum Fitamin. Dort machen wir uns fit für die bevorstehende Unterschriftensammlung zur Initiative gegen Waffenexporte. Gerade auch Leute, die bis jetzt nicht in der GSoA aktiv waren, sind sehr willkommen. Wir spielen Diskussionen durch, wie sie beim Sammeln auftreten können, um uns mit den Argumenten für das Exportverbot vertraut zu machen. Daneben wird auch genug Zeit bleiben, sich persönlich besser kennen zu lernen und über die GSoA und die Welt zu diskutieren.

Das Fitamin findet in der Region Thun statt und dauert von Samstag Mittag bis Sonntag Nachmittag. Der Unkostenbeitrag beträgt etwa Franken 50 für Übernachtung und Essen. Anmelden kann man sich bis zum 15. Mai per Email an gsoa@gsoa.ch oder mit nebenstehendem Talon. Nach der Anmeldung teilen wir Euch den definitiven Ort und Anreisemöglichkeiten mit.